

MISSIONSZENTRALE



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Albertus-Magnus-Str. 39
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 33 1065-66

DER FRANZISKANER

Godesberger 5300
Telefon: (0228) 33 1065-66

Der Mensch als Mittelpunkt aller pastoralen und politischen
Tätigkeit

Referent: Dom Claudio Hummes, Brasilien

1941

„Die Befriedigung gesellschaftspolitischer Grundbedürfnisse
aus christlicher und sozialdemokratischer Sicht –

Bilanz und Ausblick zur 10jährigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit MZF/FES -
16. bis 21. März 1981

1981-180

DER MENSCH ALS MITTELPUNKT ALLER PASTORALEN UND POLITISCHEN

TÄTIGKEIT

1. Die Menschenrechte in Lateinamerika, speziell in Brasilien.

Die Menschenrechte bilden heute ein ausdrückliches Verlangen in der ganzen Welt. Die Promovierung der menschlichen Würde, des ganzen und einzelnen Menschen, stellt in Frage die Politik der Regierungen und auch die Pastoral der Kirche. Es ist wahr, ~~das~~ dass wir alle darin fehlen. Die einen mehr, die anderen weniger. Die Verletzungen der Menschenrechte fahren fort, in ^{immer} verallgemeinernden Weise, und fordern uns heraus als ein, augenscheinlich, unüberwindliches Hindernis, das von geschichtlicher Dimensione ist. Aber der Christ darf keine Furcht haben angesichts dieser Forderungen, denn Christus hat uns ja ermutigt mit den Worten: "Habet Mut, ich habe die Welt überwunden" Joh. 16, 13.

Die Kirche in Lateinamerika ~~denunziert~~ ^{versammelt in} durch ihre Bischöfe ~~hat~~ die beständige Verletzung der Menschenrechte auf unserem Kontinent.

dem die Bischöfe erklärt haben, dass sie teilnehmen werden an den Nöten des Volkes, besonders an denen die aus der Armut entspringen, fügten sie hinzu: "Wir nehmen auch Teil an den anderen Nöten unseres Volkes, die ihren Ursprung haben am Fehlen der Achtung vor der Würde des Menschen, Bild und Gleichnis des Schöpfers, und vor seinen unabänderlichen Rechten eines Gotteskindes. Länder, wie unsere, wo man häufig die fundamentalen Rechte des Menschen (missachtet, wie Leben, Gesundheit, Wohnung, Arbeit u.s.w.) befinden sich in einer Lage, die beständig die menschliche Würde verletzt" (Puebla 40 u. f.).

Im Jahre 1968 waren die Bischöfe, in Medellin, schon zu Überzeugung gekommen, dass in Lateinamerika "ein Elend herrscht, das große Gruppen von Menschen an den Rand der Gesellschaft führt. Dieses Elend, als Gemeinschafterscheinung, ist eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit" (Medellinsdok. über die Gerechtigkeit, n. 1).

Die Bischöfe stellen fest, das das Problem "in den ungerechten Strukturen liegt, die die Lage in Lateinamerika charakterisieren" (1978, S. 17) und sie erklären: "Wenn der Christ an die Fruchtbarkeit des Friedens glaubt um zur Gerechtigkeit zu gelangen, glaubt er auch dass die Gerechtigkeit eine unbedingte Bedingung für den Frieden ist. Der Christ stellt immer fest, dass sich Lateinamerika, in vielen Gegenden, immer noch in einer so tiefen Ungerechtigkeitslage befindet, dass man von einer eingestanzten Gewalttätigkeit sprechen muss, weil wegen Fehler der Strukturen der Unternehmen in der Industrie und in der Landwirtschaft, in der nationalen und internationalen Wirtschaft, im kulturellen und politischen Leben, "ganze Bevölkerungen sind des Notwendigen beraubt und leben in einer Abhängigkeit, die jede Initiative und jedes Verantwortungsbewusstsein nimmt, und auch jede Möglichkeit einer kulturellen Bildung und Zugang zu einer politischen oder sozialen Karriere ausschliesst" (Paul VI, "Populorum Progressio", n.30). Und so werden die fundamentalen Rechte verletzt. Diese Lage verlangt in der ganzen baldige, mutige, fundamentale, erneuernde Umänderung. Es darf uns also nicht befremden, dass in Lateinamerika "die Versuchung zur Gewalttätigkeit besteht. Man missbraucht die Geduld eines Volkes, das jahrelang eine Lage erträgt, die fast niemand annehmen würde, wenn ein grösseres Gewissen für die Menschenrechte hätte" (Medellinsdok. über den Frieden, n.16).

Adolf Perez Esquivel, aus Argentinien, erhielt 1980 den Nobelpreis des Friedens, in Anerkennung seines Kampfes zu Gunsten der Menschenrechte in seinem Land und in Lateinamerika.

Neuerdings, war er in Brasilien und erklärte: "Wenn wir von Menschenrechten sprechen, müssen wir erklären, was sie sind. Tote, Folterungen, Verschwinden von Personen sind ihre Folgen. Wir müssen zu den Quellen gehen. Handarbeiter ohne gerechten Lohn, Indianer von ihren Ländereien und Besitztümern vertrieben, Landleute ohne Land zum arbeiten, beschränkte Aufkunftsmöglichkeit, und das Nicht-teilnehmen des Volkes an der Entscheidungen, alles das sind strukturellen Ungerechtigkeiten, die geändert werden müssen" (1981, S. 17).

~~niemals einen Typ der 'Integration' annehmen, der die Indianer zu billigen Handarbeiter machen werde und so noch mehr die Klasse, derer die am Rande der Gesellschaft stehen, noch verarmen; diese Klasse, die im Produktionsprozess noch mehr diese bereichern, die schon reich sind". Im Dokument legen sie fest was sie unter dem Eindringen des Evangeliums in die Kulturen der Eingeborenen verstehen: "Nur durch Einfühlung mit den Eingeborenen, durch Annahme ihrer Kultur, ihres Lebensstiles, wird die Transzendenz des Evangeliums auf einer ^{überzeugende} ~~bezeugende~~ Weise gezeigt werden können" (Y-JUCA-PIRAMA, 1973).~~

Im Jahre 1975 in der ersten Nationalversammlung bezüglich der Pastoral der Eingeborenen hat der Missionarat der Eingeborenen (CEMI) ein Programm ausgearbeitet wie folgt:

- Energetisch u. mit allen Kräften das Recht, das den Indianern ~~zusteht~~ ^{zu} unterstützen, um ihr Land wieder zu gewinnen u. die Garantie zu haben für ihr Land.
 - Öffentlich anzuerkennen u. zu achten das Recht, das die Indianer haben, nach ihrer Kultur zu leben.
 - Zu suchen den Indianern das Recht ~~einzuräumen~~ ^{zurückzugeben} über ihr ~~Wachstum~~ ^{Wachstum} frei zu verfügen.
 - Durch eine wirklich Einfühlung mit den Indianern, mit ihnen zusammen zu leben u. so die Werte ihrer Kultur zu entdecken. Mit allen Mitteln sich für sie einzusetzen, indem man alle ~~völkischen u. kolonialen Formen~~ ^{ethozentrismus u. Kolonialismus} überwindet, um eine von ihnen angenommen zu werden.
- Heute, Nach 6 Jahren, ^{ist} ~~was~~ der ^{CEMI} ~~CEMI~~ in ganz Brasilien u. auch im Ausland bekannt als eine Organisation, die sich unermüdlich für das Gesamtwohl der Eingeborenen einsetzt.

Nicht nur die kat. Kirche in Brasilien, sondern auch andere christliche Kirchen, mit dem Auftrag der Mission bei den Indianern, setzen sich ebenso unermüdlich für das Gesamtwohl der Eingeborenen ein. So z.B. 1975 haben sich die Missionare der Metodisten, Lutheraner u. Presbiterianer ~~getroffen~~ ^{über die Indianer} in einer Versammlung, wo sie in einem Dokument erklärten:

"Wir kämpfen um eine baldige Abgrenzung Ihrer Ländereien u. Gebiete, ~~die~~ ^{wie mühen für} Ihre Interessen beachtet werden, dass ihnen die geraubten Gebiete zurückgegeben werden; ~~damit sie zu~~ ^{um kämpfen um} Lebensbedingungen ~~gelangen können~~ ^{für diese Gemeinschaft der Indianer}, die menschliches Leben unmöglichen. Wir appellieren an das Nationalgewissen, dass die Eingeborenen als freie Brüder angesehen werden u. die Möglichkeit haben, ihr Leben frei gestalten zu können. (Heft CEDI 5.p.23-24)

b) DIE LANDARBEITER

Das Problem der Menschenrechte unserer Landarbeiter ist genau so ernst. In der Generalversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) im letzten Jahr verabschiedeten die Bischöfe das Dokument "Kirche und Landprobleme", welches deutlich die bestehende, ungerechte Lage im Landwirtschaftsbereich zeigt. Der landwirtschaftliche Zensus von 1975 enthüllt, dass 52,3% der landwirtschaftlichen Betriebe ueber weniger als 10 Hektar verfuegen und nur eine Flaechen von 2,8% des ganzen Grundbesitzes einnehmen. Auf ^{der} anderen Seite besitzen 0,8% der Betriebe mehr als 1000 Hektar, und sie besetzen 42,6% des Gesamtgebietes. (CNBB - Kirche und Landprobleme, Nr.8). "Ausserdem wird der Landbesitz unerschuetterbar fuer eine wachsende Zahl von Landwirten. Sie benoetigen ihn, um zu arbeiten und nicht um damit zu handeln." - (Nr. 9). "1950 waren nur 19,2% der Landwirte nicht Besitzer ihrer Landbetriebe. 1975 war dieser Prozentsatz auf 33,1% gestiegen." - (Nr. 11). "Die offiziellen Zaehlungen schliessen nicht die eigentlichen Landarbeiter ein, also solche, die kein Land besitzen, sondern staendige oder zeitweilige Lohnempfaenger sind, untergeordnete Mitarbeiter zwar, aber die Verantwortlichen der Betriebe." - (Nr. 12). Ausserdem muessen wir die Millionen Menschen vom Land beruecksichtigen, die das Land verlassen mussten, sei es Eigenbesitz, gepachtetes oder besetztes Land. Zwischen 1950 und 1970 sank die Zahl der Arbeitsplaetze in der Landwirtschaft fuer Dritte, Lohnempfaenger und untergeordnete Mitarbeiter um zirka 1 1/2 Millionen."

Dasselbe Dokument zeigt, auf welche Weise die Politik der steuerlichen Anreize mit den Interessen der grossen Wirtschaftsgruppen einhergeht; dies ist einer der Gruende der Ausdehnung der grossen Industrien auf Kosten der traditionellen Landwirtschaft. Einerseits ergibt sich eine schnelle und aeusserst ungerechte Landkonzentrierung in der Hand der Reichen und andererseits die erzwungene Verbannung oder das spontane Verlassen des Landes seitens Millionen von Landarbeitern und Kleinlandwirten, seien es Kleinbauern, Landbesetzer, Mitarbeiter oder Arbeiter aller Art. So wandern Millionen von Landarbeitern in die Staedte "auf der Suche einer Arbeitsgelegenheit; sie vergrossern die Masse, die einerseits, in unmenschlicher Weise in den Armenvierteln, besetzten Grundstuecken sowie Pfahlbauten lebt, in nicht offiziellen Grundstuecken, Gemeinschaftswohnungen und in Schuppen bei den Gebaeuden." - (Nr. 26).

Ausserdem, "tauchen Spannungen auf in fast allen brasilianischen Bundesstaaten und zwar auf verschiedene Weise: auf der einen Seite grosse nationale und internationale Industrien, reiche Landbesetzer (grileiros) und Farmer und auf der anderen Seite Landbewohner (posseiros) und Indianer. Gegen letztere wird Gewalt aller Art angewandt, um sie vom Land zu vertreiben. Bei diesen Gewalttaten hat sich schon weitgehend bewiesen, das sowohl Berufsschiesser, wie auch Polizeikraefte, Gerichtsvollzieher und sogar Richter darin verwickelt sind. Oft beobachtet man ungesetzliche Vereinigungen von Pistolenmaennern (jagunços) im Land."

lizisten, um Ausweisungen vorzunehmen." - (Nr. 28).

Das Dokument weist auf die Gruende dieser Verletzung der Landarbeiterrechte hin: "Das unkontrollierte Gewinnstreben fuehrt dazu, dass die Gueter, die vorher von vielen produziert wurden, sich nun in der Hand von wenigen befinden. Es konzentrieren sich Vermoegen, Kapital, Landbesitz, ausserdem die politische Macht. Die Ungleichheit beschleunigt sich als Ergebnis der Ausbeutung der Arbeit und die soziale und politische Marginalisierung des grossten Teiles unseres Volkes.

Wir stehen vor einem weitreichenden Enteignungsprozess der Bauern, verursacht von bestimmten Wirtschaftsgruppen. Leider stuetzt sich die eigene Regierungspolitik hinsichtlich der Landproblematik auf einen Begriff von Sozialentwicklung, welcher mit einer humanistischen und christlichen Auffassung nicht vereinbar ist.

Man kann nicht damit uebereinstimmen, dass wirtschaftlichen Zielen, selbst in einer bestimmten Phase der Entwicklung, die Grundnotwendigkeiten und Werte des Menschen geopfert werden duerfen." - (Nr. 38 - 40).

Um eine gerechte Loesung zu finden, schlagen die Bischoefe in ihrem Dokument eine wichtige Unterscheidung vor, die auch schon im Bewusstsein des Volkes verankert ist, zwischen Ausbeutungs- oder Spekulationsland (terra de exploração) und bearbeitetem Eigentumsland.

"Spekulationsland ist dasjenige, welches sich das Kapital aneignet, um bestaendig zu wachsen, um immer neue und wachsende Gewinne zu schaffen. Der Gewinn kann sowohl von der Ausnuetzung derjenigen herruehren, die Land und ihre Arbeitswerkzeuge verloren haben oder von denjenigen, die nie Zugang zu ihnen hatten, aber auch von der Spekulation, die die Bereicherung einiger auf Kosten der ganzen Gesellschaft ermoeoglicht.

Bearbeitetes Eigentumsland ist dasjenige, welches die besitzen, die auf ihm arbeiten. Es ist kein Gebiet, um andere auszunuetzen oder zu spekulieren."

Die Bischoefe schliessen nicht eine dritte Art von Landbesitzen aus, welche sie Produktionsland bezeichnen; sie bedeuten jetzt ein Landbesitz, der Arbeiter stellt, aber ihre Rechte achtet, auf Grund der Forderungen der Soziallehre der Kirche. - (Nr. 83).

So "ist es angebracht zu unterscheiden zwischen kapitalistischem Landbesitz und privatem Landbesitz. Waehrend der erstere Ausbeutungsinstrument der Arbeit ist, bedeutet der zweite das Arbeitsinstrument des Arbeiters selbst und seiner Familie oder vom Besitzer bebaut mit lohnempfangender Arbeitskraft; dieser letztere Landbesitz ^{erfuellt} einen Sozialzweck ^{inwieweit} und beachtet die grundlegenden Rechte des Arbeiters." (Nr. 89).

Angeichts all dieser Tatsachen, verpflichten sich die Bischoefe: a) oeffentlich -

...che ungerechte Situationen und Gewalttaten zu enthüllen; b) die gerechten Initiativen und Organisationen der Arbeiter zu unterstützen, indem sie die Kräfte und Mittel der Kirche dem Arbeiterweck zur Verfügung stellen; c) der Mobilisierung der Arbeiter zu helfen, welche die Anwendung und/oder Reformulierung der bestehenden Gesetze fordern, sowie eine Agrar-, Arbeits- und Vorbeugungspolitik erobern wollen, welche den Bestrebungen der Bevölkerung entgegenkommt. d) sowohl den Kapitalismus wie das marxistische Kollektivsystem zu verurteilen. (Nr. 96, 97, 99, 101).

Bei diesem ganzen Vorgehen will die Kirche eine Haltung der Hilfsleistung beibehalten und nicht der Führung: "Unsere Pastoraltaetigkeit, bei der darauf geachtet wird, dass nicht die Initiativen des Volkes ersetzt werden, wird die bewusste Teilnahme und die Kritik der Arbeiter in den Syndikaten, Vereinigungen, Kommissionen und anderen Mitwirkungsformen anregen, damit sie wirklich eigenständige und freie Organisationen sind, welche die Interessen vertreten und die Forderungen ihrer Mitglieder und der ganzen Klasse koordinieren." - Nr. 98.

C1 Die Staedtischen Arbeiter

Seit 1964 (dem Jahr der sogenannten Brasilianischen Revolution) hat die brasilianische Regierung ein Programm zur wirtschaftlichen Modernisierung aufgestellt, das einen rigorosen Lohnstopp beinhaltet und zur Folge hatte, dass von Jahr zu Jahr der reale Wert der Löhne sank. So haben die Mindestlöhne von 1964 bis 1979 37% ihres Wertes verloren. Dies kam den örtlichen Investoren wie den internationalen Gruppen zugute; den Unternehmern wurden Subergewinne, leichte Kreditbeschaffung und Steuerbegünstigungen ermöglicht, wodurch aussergewöhnlich gute Bedingungen fuer die Aufwertung ihres Kapitals geschaffen wurden. In der Tat, das ganze Land aenderte sich in sehr starkem Masse, die Staedte wuchsen enorm, die Reichen wurden reicher, die Mittelklasse musste den Guertel enger schnallen und die Armen wurden aermere.

In Brasilien gibt es keine Freiheit und Autonomie der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden gegrueudet und kontrolliert vom Arbeitsministerium. Um ihre Politik der Erleichterungen fuer die Unternehmen zu verstaerken, griff die Regierung vom Bund her in die Gewerkschaften ein, um jedwede Reaktion der Gewerkschaften und der Arbeiter zu verhindern. Schon seit 1965 haben die Gewerkschaften und Arbeiter sich trotzdem gegen die Auflagen der Regierung gewehrt. In einer unverantwortlichen und gleichgueltigen Art wiederholten die Ministerialbehoerden staendig, die Forderungen der Arbeiter seien der Grund der wachsenden Inflation, und nur deshalb haette die Regierung den Protesten nicht nachgegeben. Ausserdem schob sie den kleinen linken Gruppen die Schuld am Klima der Unzufriedenheit zu und nannte sie subversiv.

Infolge der immer unsicherer werdenden Verhaeltnisse verstaerkte sich die Mobilisierung der Arbeiter, und es wuchs dadurch auch die Opposition zur Regierung. Anfaenglich wurden von Gewerkschaftlern alle nur moeglichen legalen Hilfsmittel benutzt, die zustaendig ^{an} oeffentlichen Stellen erhielten Berichte ueber Berichte, welche die unmoeeglichen Verhaeltnisse ^{der} ~~der~~ Arbeiter schilderten. Die Behoerden jedoch zeigten sich unbeugsam; anstatt auf den erhofften Dialog einzugehen, drohten sie, und bald kam es auch zu Verhaftungen. In den Jahren 1968 bis 1973 breitete sich die Verfolgung der Arbeiter aus. Selbst nach der sogenannten "politischen Oeffnung" durch den gegenwaertig regierenden Presidenten gehen die Unterdrueckungen der Arbeiter durch die Polizei weiter, ebenso die Eingriffe in die Gewerkschaften, die Entlassungen, die Prozesse und Verurteilung von rechtmässig gewaehlten Gewerkschaftsvorsitzenden, die nichts anderes taten, als Streiks, die von den Arbeitern selbst entschieden wurden, zu leiten; Streiks, die ausserdem berechtigt waren wie z.B. der Streik der Metallarbeiter im ABC-Gebiet im vergangenen Jahr.

- UEBERSTUNDEN: Um den Wertverlust der in diesen Jahren ausgezahlten Löhne zu kompensieren begann man, Ueberstunden einzulegen, ueber die wöchentlichen 48 Stunden hinaus. Es gibt Betriebe, die unter Strafe der Entlassung zur Uebernahme von Ueberstunden verpflichtet sind. Andererseits bittet auch ein Teil der Arbeiter darum, zwecks Mehrverdienst Ueberstunden zu leisten. Nicht selten trifft man auf Arbeiter, die bis zu 65 und bisweilen noch mehr Stunden pro Woche arbeiten.

- NACHTSCHICHT: Staendig seeigt die Zahl der Fabriken, die rund um die Uhr arbeiten, mit 3 Schichten innerhalb von 24 Stunden. Ausserdem richtet man immer mehr Nachtschicht fuer Frauen ein, obwohl dies vom Gesetz verboten ist.

- ARBEITSUNFAELLE: Ermuedung, als Folge der Ueberstunden, dazukommend die Sicherheit am Arbeitsplatz in vielen Firmen, provozieren zahllose Arbeitsunfaelle. Es ist schon so weit gekommen, dass Brasilien dem Verhaeltnis nach zu den Laendern mit den meisten Arbeitsunfaellen gehoert: Zwei Millionen registrierte Arbeitsunfaelle pro Jahr, abgesehen von der grossen Unfallzahl, welche die Firmen nicht verzeichnen.

- FAVELAS: Der Kontrast zwischen den Löhnen und den staendig steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem den Mietpreisen, fuehrte zu einem unglaublichen Anwachsen der Barrackensiedlungen, die mit dem Wort "Favelas" bezeichnet werden. Was sie charakterisiert, ist das völlige Ausbleiben der Urbanisierung, folglich auch der Grundsanierung und des Minimums an hygienischen Bedingungen. Berühmt sind in aller Welt die grossen Favelas von Rio de Janeiro. Weniger bekannt ist jedoch die Tatsache, dass in den Vororten des grossten Industriezentrums Lateinamerikas, in "Gross-São Paulo", das heisst in den Staedten São Paulo, ABC, Garulhos, Osasco, nur einige zu nennen, die Zahl der Favelas in erschreckendem Masse ansteigt.

Im Grossraum ABC begann das schwindelerregende Anwachsen der Favelas seit den Jahren 1972 und 1973, also seit den Jahren des "Brasilianischen Wirtschaftswunders."

1964 hatt Gross-ABC nur 4 Favelas. Im ersten Vierteljahr 1978 waren schon 123 Favelas und in der zweiten Haelfte des Jahres 1979 bereits 185 Favelas mit 220.000 Bewohnern. In Brasilien gibt es zur Zeit mehr als 3 Millionen Favelabewohner. Und die Zahl steigt weiterhin an.

- WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND GEWINNE: Im Kontrast stehend zu der leidlichen und ungerechten Lage der Arbeiterbevoelkerung, ist in den letzten Jahren eine ungeheuerere Steigerung in der industriellen Produktion zu verzeichnen, was zu grossen Gewinnen gefuehrt hat. Es ist ein Reichtum, der zwar von der Arbeiterklasse erzeugt ist, an dessen Ertraegen teilzunehmen, was rechtes waere, ihr aber verwehrt ist.

Dieses Gesamtbild der Situation der staedterischen Arbeiter zeigt, dass das Grundproblem, im ureigentlichen Sinne und an erster Stelle, nicht die Unterentwicklung, sondern die GERECHTIGKEIT ist, die bestehen muss, ohne deren Verwirklichung alle Loesungsmassnahmen nur billige vertroestungen bedeuten. Es ist nur zu klar, dass die schlechten materiellen Lebensbedingungen des Volkes gegen die Grundrechte des Menschen und der Familie verstossen.

Es gibt, des weiteren, noch andere deutliche Verstoesse gegen die Veranschaulichungen. Es sind zu nennen:

KEINE GEWERKSCHAFTSFREIHEIT: Wie schon betont, gibt es in Brasilien keine gewerkschaftliche Freiheit. In der Brasilianischen Verfassung ist das Streikrecht zwar erwaeht, aber wenn es um die Ausfuehrung dieses Rechtes geht, ist das Streikgesetz in Wirklichkeit ein Anti-Streikgesetz.

Die Bedingungen fuer die Durchfuehrung eines Streikes sind so gross, dass es praktisch unmoeglich ist. Selbst in der Zeit der sogenannten "politischen Oeffnung" werden Streiks sofort illegal bezeichnet; die Konsequenzen sind: viele Entlassungen, Verhaftungen, Repression durch die Polizei mit Verletzungen und Toten.

KEINE POLITISCHE FREIHEIT: Trotz der sogenannten "politischen Oeffnung" bedroht das Gesetz fuer die Nationale Sicherheit alle jene, die fuer eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und fuer eine Chancengleichheit eintreten. Das gegenwaertige Gesetz fuer die nationale Sicherheit wurde ^{nie} ~~nie~~ auf demokratische Weise diskutiert und beschlossen, zur Zeit wird es fast von allen gesellschaftlichen Gruppen abgelehnt.

UNTERDRUECKUNG DURCH UNTERNEHMEN UND POLIZEI: - Auch die Unterdrueckung durch Arbeitgeber haelt an. Man ruft die Polizei gegen Arbeiter, die eine bessere Organisation ihrer Kollegen in Fabriken und Gewerkschaften erreichen moechten. Die Kirche in Brasilien hat bereits mehrfach erkluert, dass sie den gerechten und friedlichen Kampf der staedterischen Arbeitnehmer moralisch unterstuetzt. Dies wurde im vergangenen Jahr noch deutlicher, als die Metallarbeiter des ABC-Distrikts streikten, eine Region, die zu meiner Dioezese gehoert. Da ich ^{persoenlich} mit diesem Streik viel zu tun hatte, moechte ich hier kurz darlegen, wie die Kirche, d. h. die Dioezese von Santo Andre diesen Streik unterstuetzte, und schliesslich auch entschiedenen Rueckhalt bei der brasilianischen Bischofskonferenz fand.

Nach langen ^{sehr} ~~sehr~~ frustrierenden Verhandlungen mit den Unternehmern, kam ^{es} ~~es~~ schliesslich zu einem vernuenftigen Verhandlungsergebniss mit den Metallarbeitern. Diese hatten ^{keine} ~~keine~~ andere Moeglichkeit als den Streik, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Der Streik wurde von einer Versammlung von ca. 10 000 Metallarbeitern beschlossen und begann am 1. April 1980. Er wurde als illegal erkluert, wie ueblich, und die Regierung unterdrueckte den Streik in ~~repressiver~~ Form und ohne eine Frist zu gestatten. Die Unterdrueckung zeigte sich durch regierungsamtliche Intervention des Gewerkschaften, Amtsenthebung des Gewerkschaftsfuehrers, Versammlungsverbot, (nicht erwaeht sind ^{weiter} ~~weiter~~ Versammlungen in Kirchen)

Verhaftung des Gewerkschaftsvorsitzenden (die Mehrheit dieser Verhaftungen ohne Gerichtsbefehl), Unterdrückung in den Strassen durch Militärpolizei, Besetzung der öffentlichen Plätze durch Panzerfahrzeuge, Benutzung von Schlagstöcken, Einsatz von Maschinengewehren. Einsatz von Hubschraubern des II. Heeres, Tränengas in den Strassen und auch in den Räumen der Fabrik, als sich dort eine Gruppe Streikender versammelte. Ausser den Gewerkschaftsführern wurden viele andere Arbeiter verhaftet, die Menschen auf den Strassen wurden geschlagen und vertrieben. Der Höhepunkt war schliesslich mit der Anklage der Gewerkschaftsvorsitzenden gemäss dem Gesetz fuer Nationale Sicherheit erreicht, wobei mir als Bischof der Region, der den Streik unterstützte die gleiche Anklage angedroht wurde. Die Kirche erklärte sich mit den Arbeitern solidarisch, weil die Forderungen der Arbeiter berechtigt und ihre Methoden friedlich waren. Die Unterstützung bestand in folgendem: - Einer Stellungnahme, die die Solidarität und die Gründe dafür erklärte. Es wurden den Arbeitern fuer ihre Versammlungen Räume angeboten, nachdem die Gewerkschaften von der Regierung bestetzt und öffentliche Räume fuer Versammlungen der Metallarbeiter verboten wurden. Zunaechst haben wir die Gebaeude der Pfarreien bereitgestellt jedoch nicht die Kirchen. Die Kirchen öffneten nur wenn das Raumangebot nicht ausreichte. In der Tat wurden die Kirchen benutzt, und die Arbeiter verhielten sich auch respektvoll. Wer die Kirche nicht respektierte, war die Polizei, die in das Kirchenschiff eindrang und schliesslich sogar einen Gewerkschaftler in der Sakristei festnahm. Persönliche Unterstützung von dem Zeitpunkt an, als die regierungsamtliche Intervention der Gewerkschaften begann, das Verbot der Benutzung der öffentlichen Plätze fuer Versammlungen erfolgte und die Unterdrückung der Streikenden zunahm, ^{ich persönlich} ~~ich~~ war bei fast allen Versammlungen der Metallarbeiter zugegen, um die starke Unterdrückung durch die Polizei zu massigen und die Arbeiter zur Gewaltlosigkeit anzuhalten. Uebrigens verfolgten die Streikführer von Anfang an die Idee der Gewaltlosigkeit der Streikenden gegen Personen und Sachen. Meine Teilnahme an den Versammlungen heisst nicht, dass ich Gewerkschaftler geworden bin, da ich in keiner Weise eine Führerrolle übernommen habe. Ich war bei den Versammlungen als ^{Hirt} Priester, denn der Priester muss dort sein, wo sein Volk ist, vor allem in den Momenten des Konflikts und der ~~Suchung~~ ^{Suchung}. Selbst Papst Pius XII verliess den Vatikan, als sein roemisches Volk angegriffen und gedemuetigt wurde waehrend der Bombardierung Roms. Ausserdem bieten wir den Dienst der Reflexion und Evangelisation an, damit die Arbeiter verstehen, wie ihr Kampf um Gerechtigkeit mit dem Kampf Jesu Christi und seinem Ostergeheimnis verbunden ist. Und die Arbeiter drueckten dies auch immer ~~stark~~ in ihren Erklärungen waehrend des Streiks aus. In diesem Zusammenhang gab es auch Gottesdienste und Gebete bei den Versammlungen der Streikenden, auf deren Bitte hin.

- Schliesslich haben wir die Pfarreien als Sammelstellen fuer Geld und Lebensmittel eingerichtet; damit sollten die Familien der Streikenden unterstuetzt werden, die wegen des Streiks in Not gerieten.

Dies waren die wesentlichen Dienste, die die Kirche angeboten hat. Zum grossten Teil waren sie von der Arbeiterpastoral der Diözese organisiert. Es waren aber keine selbststaendigen Aktionen gegen den Initiativen der Metallarbeiter. Im Gegenteil, all diese Dienste wurden von den Arbeitern und ihren Fuehrern eroeten. Die Kirche darf in der Tat nichts selbststaendig neben den Organisationen und Diensten der eigentlichen Arbeiterklasse foerdern, vor allem in solchen Augenblicken der Not. Sie soll vielmehr ein Dienst und ein ^{Samen} innerhalb der legitimen Organisation und der Initiativen der Arbeiter sein. So manifestiert die Kirche auch ihren Respekt gegenueber der legitimen Autonomie der Arbeit^v, indem sie die Rechte der Arbeiter auf eine Verbesserung der Strukturen und Arbeitsbedingungen verteidigt.

Folglich hat die Kirche in keinem Moment den Streik gerührt oder organisiert. Ganz im Gegenteil, sie hat die Entscheidungen der Arbeiter immer respektiert und sie auch unterstützt, wenn diese den Forderungen des Evangeliums entsprechen."

Auf der anderen Seite hätten die Arbeiter selbst nie zugelassen, dass die Kirche die Streikführung übernimmt, denn sie selbst sind sehr gut organisiert, verfügen über Selbstverantwortung und Fähigkeiten und können für sich selbst entscheiden.

Wichtig war die Unterstützung des Kardinals von Sao Paulo, Dom Paulo Evaristo Arns, und der Brasilianischen Bischofskonferenz, was aber die Regierung sehr irritierte.

In einer Presseerklärung der Bischofskonferenz hiess es: "Die Abertausende, die von der Sozialpolitik der Regierung betroffen sind, wollen nur an den Entscheidungen teilhaben, die direkt ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Familien betreffen. Sie wollen nichts erzwingen, wollen nur verhandeln, wollen teilhaben, denn sie haben die Unbeständigkeit einer Politik der Zugeständnisse als Antwort auf soziale Probleme inzwischen durchschaut.

Ihre Forderung ist gerecht. Sie ist die elementare Forderung einer Demokratie, die nicht nur politisch, sondern auch sozial und ökonomisch ^{sehr wichtig} ist. Und wenn die Forderung gerecht ist, ist es grundlos, sich aufzuregen, wenn die Kirche sie unterstützt. (SEDOC, Juni 1980, S. 1225).

Auch verschiedene protestantische Kirchen nehmen in einer gemeinsamen Deklaration dazu Stellung und erklärten sich als Verteidiger der Meinungs- und Organisationsfreiheit solidarisch im Kampf für eine Gerechtigkeit, die sich in menschenwürdigen Lebensbedingungen ausdrückt, für freie und volle Partizipation aller Sektoren der Gesellschaft an den nationalen Entscheidungen sowie gegen alle Willkürakte und Polizeigewalt.

In Anbetracht der gegenwärtigen Situation auf dem Industriegelände von Sao Paulo erklären wir uns solidarisch mit den streikenden Metallarbeitern und all denen, die sich in diesem gerechten Kampf, den sie geordnet und friedvoll führen, sich an ihre Seite stellen. (SEDOC, Juni 1980, S. 1232).

2. ERNEUTE FRAGEN

a) Verschiedene Anthropologien.

In den letzten Jahrzehnten beanspruchen alle Richtungen, ihre politischen und/oder pastoralen Optionen dadurch zu legitimieren, daß sie behaupten, für sie sei der MENSCH Mittelpunkt und Ziel ihres Programmes. Von daher kennen wir ebenso viele Regierungen der Rechten, der Mitte wie auch der Linken, die von sich behaupten, daß sie den Menschen über alles stellen. So sagt in Brasilien sogar auch der Planungsminister Delfim Neto, der durch seine kapitalistische Option bekannt ist, daß er das Wohl des Menschen zum Ziel hat. Auf der anderen Seite bekräftigen Papst Johannes XXIII in "Mater et Magistra" (nn. 62 u. 71), das II. Vatikanische Konzil in "Laudum et Spes" (nn. 25 u. 63) und Papst Paul VI. in "Populorum Progressio" (n. 14) und auch der gegenwärtige Papst Johannes Paul II in "Redemptor Hominis" (n. 14), daß das wirtschaftliche und soziale Leben und auch die sozialen Einrichtungen den Menschen zum Mittelpunkt und Ziel haben müssen. Auch die Pastoral der Kirche muß den Menschen alle Menschen und den ganzen Menschen als Ziel haben: "Dieser Mensch ist der erste Weg, den die Kirche in der Erfüllung ihrer Sendung gehen muß. Dieser Weg ist der erste und eigentliche, der von Christus selbst gezeichnete Weg" (Redemptor Hominis, n. 14).

Also sind wir denn alle einig? die Rechten, die in der Mitte und die Linken und auch die Christen? Keineswegs! Obwohl wir immer wieder den Dialog und die volle Wahrheit suchen, ist es wichtig, uns nicht durch Behauptungen verwirren zu lassen, die von dermaßen verschiedenen Ideologien und Überzeugungen ausgehen, die zuweilen ähnliche, manchmal sogar selbst im Wortlaut identische Formulierungen haben.

In Wirklichkeit müssen wir klarstellen, daß hinter in dem Wortlaut ähnlicher oder sogar identischen Behauptungen hinsichtlich des Platzes, den der Mensch in der Pastoral und in der sozialpolitischen Politik einnimmt, extrem divergierende Anthropologien stehen.

2.
So gibt es eine marxistische Anthropologie, eine liberal-kapitalistische Anthropologie und eine christliche Anthropologie, um nur die wichtigsten und bedeutendsten unter uns zu nennen. Um pastorale Fehler zu vermeiden und nicht als politisches Werkzeug angesehen und mißbraucht zu werden, ist es notwendig, die verschiedenen Anthropologien gut zu identifizieren und möglichst auch zu thematisieren. Die Enzyklika "Redemptor Hominis" von Johannes Paul II kann uns volle Hinweise dafür geben.

b) Das Grundsatzprogramm der Missionszentrale der Franziskaner (M.Z.F.)

Das Grundsatzprogramm der MZF versucht, innerhalb der neuen Orientierung die missionarische Tätigkeit, wie sie von dem II. Vatikanischen Konzil vorgesehen ist, zu formulieren. Und mit Recht. *Das scheint mir gut ausgearbeitet.*
Doch scheint es mir notwendig, eine Bemerkung zu machen. Wenn das Programm vorschreibt: "Dialog in missionspastoralen Fragen, Beratung in Fragen der Entwicklungshilfe und der Verflechtung von Mission und Entwicklungshilfe. Bearbeitung der Pastoral und Entwicklungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Hilfswerken. Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit allen Missions- und Entwicklungsinstituten" (MÜLLER, Andreas ofm, Missionare im Lernprozeß. 10 Jahre Seminararbeit der Missionszentrale der Franziskaner. Mettingen 1979, S. 12-13), ist zu fragen: Wird in diesem Programm nicht zuviel Einfluß einer typischen Entwicklungsideologie der reichen Länder in Beziehung zur Dritten Welt eingeräumt? Denn es ist wirklich: Die Kirche in Brasilien und in Lateinamerika sieht nicht (vgl. Puebla) im Modell der reichen, entwickelten Länder des Westens ein erstrebenswertes Ziel für die lateinamerikanischen Länder.

Das ausschlaggebend ist für die Zukunft im Hinblick auf die Kirche in Lateinamerika, ist nicht in erster Linie die Entwicklung, sondern die BEFREIUNG. Und Befreiung meint zunächst DEN WEG ZUM BEI, meint den von den reichen Ländern vorgeschlagenen Weg ablehnen und ein eigenes Modell der Entwicklung erarbeiten. Deshalb müßte nach meiner Meinung das Projekt der Befreiung stärker in diesem grundlegenden Programm vertreten wäre.

c) Der Vorschlag des Berichtes "Der Nord-Süd Dialog: Ein Programm für das Überleben".

In diesem Zusammenhang des Entwicklungsvorschlages der reichen Länder für die Dritte Welt scheint es mir angebracht, den Bericht "DER NORD-SÜD DIALOG" zu befragen. Dieser Bericht ist jetzt auf Deutsch veröffentlicht worden und erschien erstmalig im vergangenen Jahr 1980 unter dem englischen Originaltitel "NORTH-SOUTH A PROGRAM FOR SURVIVAL". Es ist eine Arbeit, die von einer internationalen Gruppe von Politikern und gesellschaftlich führenden Persönlichkeiten unter dem Vorsitz von Willy Brandt angefertigt wurde. ^{Der Bericht} Sie will die wichtigsten Probleme ~~in der Welt~~ studieren, die durch wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der Welt zwischen reichen und armen Ländern zwischen Norden und Süden entstehen. Und ^{er} sie zeigt zugleich Wege für eine neue Weltwirtschaftsordnung auf.

Der Bericht ist sicher reich an Daten und Untersuchungen zu den schweren Problemen, die heute die Welt beängstigen. Ebenso ist auch das Ansehen und die Qualifikation der Gruppe ^{von Weltführern} beträchtlich. Aber doch glaube ich, ^{zu müssen} bemerken zu sollen, daß der Vorschlag nicht auf eine wirklich neue Weltwirtschaftsordnung hinausläuft, ^{Vielmehr} sondern es handelt sich dabei mehr um eine Reform, die letzten Endes, ohne es laut zu sagen, impliziert, daß die Interessen der Reichen und Besitzenden in der gegenwärtigen Welt gewahrt werden.

Daher bleibt der Vorschlag des Berichtes der alten Entwicklungs-
ideologie verhaftet. In Wahrheit ist die Idee einer wirklichen
Befreiung der armen Länder vermittels einer strukturellen Änderung
des Weltwirtschaftsmodells in dem ganzen Bericht kaum zu spüren.
Dieses Verbleiben in der alten, reformverhafteten Entwicklungs-
ideologie bestätigt sich in den beständigen Aufrufen und Aktions-
vorschlägen des Berichtes, die sich immer an die gegenwärtigen Be-
gierungen und an die richen, die in der heutigen Welt die wirt-
schaftliche Macht innehaben. In ihm tritt nicht das Volk selbst,
die Armen, als Hauptpersonen der Veränderung und als Vorkämpfer
des neuen Weges auf. Also ist schon im Voraus vorhergesehen und
festgelegt, daß die gegenwärtigen Machthaber in der Welt nichts
anderes tun werden, als ihre Macht und ihre wirtschaftlichen In-
teressen zu wahren.

Die Kirche dagegen betont immer mehr die Notwendigkeit einer
wahrhaften Befreiung, was eine wirklich strukturelle Änderung ver-
langt, deren ^{Urheber} ~~Urheber~~ und Empfänger die eigentlichen Armen und Un-
terdrückten sein müssen.

Aus diesem Grunde sind die Armen die ureigene Option der Kirche.
Darum stellt sie sich auf ihre Seite, unterstützt sie, und, von
ihnen ausgehend, kämpft sie mit ihnen für eine neue Gesellschaft,
um eine "wahre Zivilisation der Liebe".

Zusammenfassung. (Zusammenfassend möchte ich sagen.)

Ich habe mit meinem Beitrag versucht zu zeigen, in welcher
Situation ^{der} Mensch und seine Rechte in Lateinamerika und beson-
ders in Brasilien ~~sich~~ befinden und wie sie in der gegenwärtigen
politischen Struktur, die in Lateinamerika und besonders in Bra-
silien vorherrscht, behandelt werden.

Auf der anderen Seite habe ich versucht zu zeigen, wie die
Kirche in Lateinamerika und ^{besonders} ~~besonders~~ in Brasilien in ihrer Pa-
storal die Menschenrechte verteidigt, stützt und fördert und wie

totale Befreiung verlangt.

Von den Zielen und den Umständen dieses Seminars her, das zusammen mit der Missionszentrale und der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten wird, haben sich einige Fragen ergeben, die in meinen Augen wichtig zu skizzieren waren.

Abschließend möchte ich die Worte des Hl. Vater Johannes Paul II wiederholen: "Der Mensch ist der erste Weg, den die Kirche in der Erfüllung ihrer Sendung gehen muß. Dieser Weg ist der erste und eigentliche, der von Christus selbst gezeichnete Weg" (Redemptor Hominis, n. 14).